



Deutsches DW-Programm wird drastisch gekürzt

Das deutsche Hörfunkprogramm der Deutschen Welle steht in seiner bisherigen Form offenbar vor dem „Aus“. Nach Angaben von Deutschlandradio Wissen verbleibt hier demnächst nur noch eine einstündige, ständig wiederholte Programmschleife.

Dabei dürfte es zumindest in Europa nur noch eine Frage der verbleibenden Laufzeit der Ausstrahlungsverträge sein, wie lange dieses Restprogramm noch auf Kurzwelle zu hören ist. Das hier bestehende Arrangement mit dem damaligen, inzwischen von Babcock übernommenen britischen Unternehmen VT trat in zwei Schritten 2007 in Kraft. Seitdem werden über die Kurzwellessender der Media Broadcast bei Nauen und im Wertachtal keine Programme der DW mehr ausgestrahlt.

Wie sich inzwischen zeigte, sind frühere Angaben, wonach die DW an allen 30 Sendesprachen festhalten wolle, nur ein Teil der Wahrheit. DW-Intendant Erik Bettermann sagte inzwischen gegenüber dem Deutschlandfunk, man werde aktuelle, laufend aktualisierte Programme künftig nur noch in „fünf bis sieben“ Sprachen ausstrahlen. In den „restlichen“ Sendesprachen werde man sich auf Hintergrundinformationen beschränken.

Zur Begründung verwies Bettermann beispielhaft auf Erkenntnisse, die eine „große Evaluation“ 2009/10 in Tansania erbracht habe. Das Interesse „an dem tagtäglichen Ablauf da in Berlin“ sei in Tansania demnach „verschwindend gering“. Zwar wolle man dort wissen, wie sich die deutsche Politik positioniere, „aber das nicht aktuell 24 Stunden“.

Bilder oben und rechts: Das Funkhaus der Deutschen Welle in Bonn. Fotos: Marcel Goerke & Kalle Gierich.

In ihren Planungen bis 2013 war die DW von einer Aufstockung ihres Etats von 304 auf 325 Millionen Euro ausgegangen. Mit einer am 19. Januar verabschiedeten Stellungnahme zu dieser Aufgabenplanung erteilte die Bundesregierung dem jedoch eine Absage. Wie es in dem Papier heißt, könne die DW „von der unverzichtbaren Konsolidierung des Bundeshaushaltes [...] nicht gänzlich ausgenommen werden, so dass ihren Planungen eine konstante Bundeszuwendung nicht zugrunde gelegt werden kann“. Die DW werde „ihre Aufgabenplanung daher an die Rahmenbedingungen anpassen müssen“. Eine „stärkere Konzentration auf die Kernaufgaben“ sei „unverzichtbar“ und eine Diskussion über „notwendige Programmreduzierungen“ zu führen.

Die Stellungnahme konstatiert eine abnehmende Bedeutung der klassischen Rundfunktechnologien, „insbesondere der terrestrischen Übertragung“, der „in entwickelten Medienmärkten“ eine „entscheidende Zunahme“ bei der Internetnutzung gegenüberstehe. Für diese Regionen könne

„nahezu generell [...] bereits jetzt eine Bedeutungslosigkeit der Kurz- und auch Mittelwelle für die dortigen Zielgruppen“ festgestellt werden. Dies mache „eine tiefgreifende Reform der Angebots- und Verbreitungsstrategie“ erforderlich.

Wert legt die Bundesregierung auf „Pfleger und Förderung der deutschen Sprache“ und distanziert sich damit erkennbar von der eigenen Strategie der DW, statt Deutsch künftig Englisch als ihre primäre Sprache aufzufassen. Deutsch sei „ein Markenkern des Senders“ und „deutschsprachige Redaktionskapazitäten müssen erhalten bleiben“.

Für diese Aufgabe sieht die Bundesregierung klassische Hörfunk- und Fernsehausstrahlungen als „nicht mehr überall sinnvoll“ an. Dies gelte „zumindest“ in Europa. Nachdem insgesamt die deutschsprachigen DW-Angebote auf den „überkommenen Übertragungswegen“ nur „marginal“ genutzt würden, solle dem „politischen Ziel“, die deutsche Sprache zu fördern, durch entsprechende Text- und Audioangebote im Internet Rechnung getragen werden.

In Frage stellt die Bundesregierung in gleicher Weise auch englische Hörfunk- und Fernsehsendungen, die nicht speziell für einzelne Zielgebiete bestimmt sind. Dazu heißt es, „die Nutzungszahlen scheinen vielfach (z.B. in Nordamerika) sehr niedrig zu sein, wie der Evaluierungsbericht ausweist“. Auch das sonstige Fremdsprachenangebot sei „aufgabenkritisch zu überprüfen“.

In auffälliger Weise betont die Stellungnahme der Bundesregierung den Anspruch an die DW, ein Instrument ihrer Außenpolitik zu sein. So heißt es unter anderem, eine „Zusammenarbeit“ mit dem auswärtigen Amt und weiteren Bundesministerien sei „erforderlich“.

Kai Ludwig

